

Klaus Kraemer

Kapitalistische Gesellschaft

I. Zum Begriff der kapitalistischen Gesellschaft

In der Soziologie ist es alles andere als selbstverständlich geworden, die moderne Gegenwartsgesellschaft als „kapitalistische Gesellschaft“ zu beschreiben. Die gängigen soziologischen Zeitdiagnosen bevorzugen stattdessen Begriffe wie „postindustrielle Gesellschaft“, „Dienstleistungsgesellschaft“, „funktional differenzierte Gesellschaft“, „Risikogesellschaft“, „Erlebnisgesellschaft“ oder auch „Wissensgesellschaft“, um den ökonomischen, politischen und kulturellen Wandel der letzten Jahrzehnte untersuchen zu können. Ungeachtet der unterschiedlichen theoretischen Begründungszusammenhänge wird die Annahme vertreten, daß sich die Gegenwartsgesellschaft in eine *postkapitalistische Gesellschaft* verwandelt habe. Der basale Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit habe, so wird übereinstimmend hervorgehoben, seine strukturbildende Bedeutung für Ökonomie, Politik und Gesellschaft eingebüßt: Mit dem Aufstieg von großen multinationalen Konzernen und Aktiengesellschaften sei das Verfügungsrecht des kapitalistischen Privatunternehmers auf die Gruppe der leitenden Fachspezialisten und Manager übergegangen; der industrielle Klassenkonflikt zwischen Unternehmern und abhängig Beschäftigten habe sich weitgehend verflüchtigt und an seine Stelle seien „postmoderne“ Lebensstilkonflikte und Risikolagen getreten; die ökonomischen Strukturen würden primär durch den „postindustriellen“ Dienstleistungssektor geprägt, während der industrielle Produktionssektor mehr und mehr zurückgedrängt werde; die klassischen betrieblichen Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden hätten gegenüber dem Produktionsfaktor Wissen an Bedeutung verloren, und dies keineswegs nur im quantitativ-graduellen Sinne; die allgemeinen sozialen Lebenschancen und individuellen Handlungsmöglichkeiten würden immer weniger über die Stellung in der

ökonomischen Sphäre im allgemeinen und die meritokratische Triade Beruf, Einkommen und Bildung im besonderen bestimmt (*Entstrukturierungsthese*); und schließlich hätten diese und andere Veränderungen zur Folge, daß der sinnstiftende, alltagsweltliche Erfahrungshorizont weitaus stärker von der Freizeit-sphäre als von der Berufswelt in Fabrik und Büro geprägt werde (*These vom Ende der Arbeitsgesellschaft*). Die kapitalistische Ökonomie habe, so lautet zusammengefaßt die weit verbreitete Annahme, seine herausragende Bedeutung für das Verständnis moderner Gesellschaften verloren. Diese Grundüberlegung ist im Kontext der Theorie funktionaler Differenzierung aufgegriffen und systematisiert worden. Als einer ihrer prominentesten Vertreter geht bekanntermaßen Niklas Luhmann (1988) davon aus, daß die gesellschaftlichen Differenzierungsprozesse nur angemessen analysiert werden können, wenn die Wirtschaft nicht als dominantes, Politik, Recht, Wissenschaft, Religion usw. determinierendes System konzeptionalisiert wird, sondern als ein selbstbezügliches, operativ geschlossenes *Subsystem neben anderen* (Autopoiesis-Theorem). Übereinstimmend wird jedenfalls eine epochale Zäsur diagnostiziert, die - wie etwa Ulrich Beck (1996) formuliert - die Phase einer „zweiten“ oder „reflexiven Moderne“ eingeläutet habe.

Ist die zeitdiagnostische These von der postkapitalistischen Gesellschaft plausibel begründet? Reichen die angeführten Trendfaktoren aus, um diese Annahme untermauern zu können? Entgegen einer vorschnellen Verabschiedung des Kapitalismusbegriffs könnte man nämlich einwenden, daß der Begriff konzeptionell breit genug angelegt ist, um den strukturellen Wandel, der die Industriegesellschaften in den letzten Jahrzehnten so grundlegend verändert hat, in angemessener Weise analysieren zu können. In jedem Fall wäre genauer zu prüfen, ob der Kapitalismusbegriff als soziologische Schlüsselkategorie der Gesellschaftsanalyse tatsächlich ausgedient hat oder ob sozioökonomische und sozialstrukturelle Gründe dafür sprechen, an ihm - wenn auch in modifizierter Version - weiter festzuhalten.

Wenn man für letzteres optiert, dann tauchen zwangsläufig einige grundlegende Schwierigkeiten auf, die aus der Geschichte der Rezeption des Kapitalismusbegriffs herrühren. Zunächst scheint mit dem Kapitalismusbegriff eine Entscheidung zugunsten der marxistischen Gesellschaftstheorie verbunden zu sein, auch wenn dieses, z.B. mit Blick auf das wirtschaftssoziologische Denken im Anschluß an Max Weber, alles andere als zwingend oder selbstverständlich wäre. Um den zeitgenössischen Kapitalismus als gesellschaftlichen

Strukturzusammenhang analysieren zu können, ist man jedenfalls weder auf die umstrittene Marxsche Werttheorie noch auf seine antiquiert anmutende, geschichtsphilosophisch aufgeladene Entwicklungstheorie des modernen Kapitalismus angewiesen. Insbesondere die Annahme eines mechanisch-finalen Geschichtsverlaufs, an dessen Ende die klassenlose Gesellschaft des Kommunismus stehen werde, hat sich historisch längst überlebt. Nicht zuletzt sind die marxistisch orientierten Studien zur kapitalistischen Gesellschaft aufgrund ihrer *ökonomistischen Engführung* immer wieder zutreffend kritisiert worden. Das in der traditionellen marxistischen Gesellschaftstheorie weit verbreitete *Basis-Überbau-Modell*, welches außerökonomische Handlungsfelder bzw. politische, rechtliche oder kulturelle Praktiken mehr oder weniger zu kausal-abhängigen Variablen der ökonomischen Verhältnisse degradiert, ist hierfür ein besonders prominentes Beispiel.

Obendrein kommt erschwerend hinzu, daß der Begriff „kapitalistische Gesellschaft“ oftmals nicht nur im *soziologisch-analytischen* Sinne zur Beschreibung moderner Gesellschaftssysteme verwendet wurde und wird, sondern vor allem als politisch-normativer Kampfbegriff. Im Gegensatz zur angelsächsischen Tradition hat sich in der deutschsprachigen soziologischen Wissenschaftsgemeinschaft darüber hinaus ein gewisses Unbehagen breitgemacht, den Kapitalismusbegriff als Schlüsselkategorie der Gesellschaftstheorie und Zeitdiagnose zu verwenden, da nach dem Zerfall der staatssozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nicht nur als die überlegene gesellschaftliche Ordnung erscheint, sondern auch als einzig noch verbliebener, erfolgversprechender Entwicklungspfad für industrialisierte wie auch für unterentwickelte Länder.

II. Strukturmerkmale des modernen Kapitalismus

Was sind die zentralen Strukturmerkmale des Kapitalismus? Beginnen wir mit einer begrifflichen Annäherung. Vom Kapitalismus kann in einem ganz allgemeinen Sinne gesprochen werden, wenn die basalen Strukturen und Prozesse der *Ökonomie* von Kapitalakkumulation und Warenproduktion sowie von marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen durchdrungen sind. Dies setzt auf der Seite der Produktion und Distribution voraus, daß mindestens fünf

sozioökonomische Institutionen in entwickelter Form im Wirtschaftsgeschehen anzutreffen sind: *erstens* das private Eigentum an Produktionsmitteln, wobei sich das Privateigentum im Zeichen von Aktien- und Kapitalgesellschaften nicht unbedingt auf individuelles Unternehmertum bezieht, sondern auf die heute bedeutendere Form des privaten Eigentums an Anlagewerten; *zweitens* der auf Expansion angelegte Erwerbsbetrieb als vorherrschende Organisationsform von gewerblichen Arbeitsprozessen, welcher Güter und Dienstleistungen beliebiger Art für stark wettbewerbsorientierte Märkte produziert; *drittens* die abhängige Lohnarbeit als dominante Form der außerhäuslichen, erwerbsorientierten Arbeitstätigkeit, von der die Reproduktions- und Konsumtionschancen der allermeisten Privathaushalte unmittelbar abhängen; *viertens* funktionierende Güter- und Dienstleistungsmärkte, auf denen der Austausch nicht über zentrale politische Zuteilungsinstanzen, sondern über den Preismechanismus von Angebot und Nachfrage reguliert ist; und damit zusammenhängend schließlich *fünftens* die Verwandlung aller produzierten Güter und Dienstleistungen sowie der dafür notwendigen Arbeitskraft in marktfähige Waren (*Kommodifizierung*). Erst die Warenform der Güter ermöglicht *sechstens* die Herauslösung des ökonomischen Handlungsfeldes aus normativen und sonstigen Bindungen, oder anders formuliert: die sozialmoralische Entbettung der Wirtschaft (Polanyi 1978) sowie die systematische zeit-räumliche Entgrenzung und Verallgemeinerung ihrer Prinzipien. Der moderne Kapitalismus, so formuliert Giddens in *Die Konstitution der Gesellschaft* (1988: 237), ist der „erste(r) wirklich globale(r) Typ gesellschaftlicher Organisation in der Geschichte“. Um diese für den modernen Kapitalismus besonders typischen sozioökonomischen Institutionen genauer erörtern zu können, möchte ich in aller gebotenen Kürze die einflußreichen klassischen Beiträge von Karl Marx und Max Weber skizzieren.

II.1 Kapitalismusanalyse bei Karl Marx

Im Hauptwerk *Das Kapital* (zitiert nach MEW) beginnt Karl Marx seine Untersuchung nicht mit der Bestimmung dessen, was „Kapital“ oder „Kapitalismus“ ist. Stattdessen beginnt er mit der Mikroanalyse der Ware, die für ihn die Elementarform der kapitalistischen Produktionswei-

se darstellt.¹ Die Ware ist *Gebrauchswert*, weil sie aufgrund ihrer stofflichen Eigenschaften einen praktischen Nutzen für spezifische Zwecke stiftet. Zugleich besitzt dieselbe Ware einen Wert, der sich im *Tauschwert* darstellt. Dieser Wert bemißt sich für die Marxsche Arbeitswertlehre nicht, wie etwa die subjektivistische Werttheorie bzw. Grenznutzentheorie annimmt, nach der Nützlichkeit (Gebrauchswert) bzw. Knappheit einer Ware, sondern nach der zur Produktion einer Ware gesellschaftlich notwendigen *Arbeitszeit*. Die in den Arbeitsprodukten geronnene, vergegenständlichte Arbeitszeit bildet damit das Gemeinsame aller Waren und informiert über ihre Wertrelationen.

Hieran anschließend wendet sich Marx der Zirkulationssphäre zu, um die Bewegung des Formwechsels der Ware im Prozeß des Warenaustausches, und zwar unter Bedingungen einer voll entfalteten Geldwirtschaft, genauer untersuchen zu können. In der einfachsten Form, die Marx zuerst in den Blick nimmt und schematisch als Ware-Geld-Ware-Beziehung (W-G-W) darstellt, repräsentieren die beiden Waren W den gleichen Wert G. In der kapitalistischen Gesellschaft ist für Marx gleichwohl nicht dieser einfache Warentausch (Kauf und Verkauf einer Leistung gegen Geld) von herausragender Bedeutung, sondern die erweiterte Warenproduktion für Märkte (Produktion von Mehrwerten), der ein schrankenloser Trieb zur Selbstverwertung eingebaut ist. Während im ersten stationär-kreisförmigen Fall ein Produktbesitzer eine Ware gegen Geld verkauft, um von diesem Geld andere Waren zu erwerben, die er ausschließlich wegen ihres Gebrauchswertes benötigt, also für konsumtive Zwecke, ist im zweiten akkumulativ-spiralförmigen Fall der Gebrauchswert der Ware nur Vehikel der Erhöhung des Verkaufserlöses: Ware wird mit Geld gekauft, um Ware produzieren zu können, die gegen mehr Geld verkauft werden kann. Die allgemeine Formel des in Geldform sich darstellenden Kapitals heißt $G-W-(P_m + A_k)-P-W'-G'$: An ihrem Anfang steht der in G sich ausdrückende Kapitalwert, an ihrem Ende G' als der verwertete Kapitalwert. Hier wird das Geld nur im Hinblick auf die Erzeugung einer höheren Wertgröße in Ware verwandelt. Nach Marx entspringt diese Wertveränderung ($G \Rightarrow G'$) nicht aus dem Zirkulationsprozeß der Ware, sondern aus dem Produktionsprozeß. Marx betrachtet die beiden in der Produktion (P)

¹ Auf die Darstellung und Kritik der von Marx behaupteten Bewegungsgesetze und Entwicklungstendenzen des modernen Kapitalismus (zyklische Krisen, Fall der Profitrate, Konzentrationsprozesse, Verelendungstendenzen, Klassen- und Revolutionstheorie u.a.) muß verzichtet werden.

kombinierten Faktoren Produktionsmittel (Pm) und menschliche Arbeitskraft (Ak) und kommt zu dem Schluß, daß die eigentliche Quelle des Mehrwerts nur das menschliche Arbeitsvermögen sein kann. Das Geheimnis kapitalistischer Produktion besteht für Marx nun darin, daß der Eigentümer an Produktionsmitteln sich den Gebrauchswert der Arbeitskraft, nämlich Werte zu schaffen, über das Ausmaß ihres Tauschwertes hinaus nutzbar macht. Genauer formuliert wird der Eigentümer an Produktionsmitteln in dem Moment zum *kapitalistischen* Warenproduzenten, in welchem er sich das Mehrprodukt der Arbeitskraft aneignet.

Kapital erscheint in der obigen Formel zunächst als Geld, das in Ware (Pm, Ak) verwandelt wird und durch den Verkauf der produzierten Ware (W'), die über den Wert ihrer Produktionselemente hinausgeht, in mehr Geld (G') rückverwandelt wird. Der Wert der Kapitals stellt sich hierbei als in Geld- oder in Warenform transformierte vergegenständlichte, „tote Arbeit“ (Marx) dar. Mit der werttheoretischen Fundierung reduziert Marx Kapital jedoch weder auf ein Substrat geronnener Arbeit noch auf angehäuften Geldvermögen. Die Metamorphose des Geldes in Geldkapital, der Waren in Warenkapital und des Produktionsaktes in produktives Kapital setzt nämlich die historischen Bedingungen der Erzeugung und Appropriation des erarbeiteten Mehrprodukts voraus. Diese Voraussetzungen findet Marx in der bürgerlichen Gesellschaft vor. So betont Marx, daß „Kapital nicht eine Sache ist, sondern ein durch Sachen vermitteltes, gesellschaftliches Verhältnis“ (MEW 23: 793), das die Exploitation und Beherrschung der Arbeiter ermögliche. Die Institution des Privateigentums an Produktionsmitteln sowie die Verallgemeinerung formell 'freier' Lohnarbeit stellen hierbei unerläßliche Bedingungen für das gesellschaftliche Kapitalverhältnis dar. (Vgl. Ritsert 1988: 104ff.)

Das Kapitalverhältnis ist - genauer formuliert - bei Marx als *gesellschaftliches* konzipiert, da es nicht nur die Ablauf- und Wiederholungsbedingungen des kapitalistischen Produktionsaktes sichert, sondern zugleich das grundlegende *gesellschaftliche Klassenverhältnis* konstituiert, und zwar zwischen Produktionsmittelbesitzern einerseits, die die „Ware“ Arbeitskraft kaufen, und Lohnarbeitern andererseits, die über keine Produktionsmittel verfügen und deshalb gezwungen sind, ihr Leistungsvermögen auf dem Arbeitsmarkt gegen Geld zu verkaufen. Im Klassenverhältnis sieht Marx sogar die allgemeine Unterordnung der gesamten Lebenstätigkeiten der Menschen unter das Kapitalverhältnis begründet. An das Kapitalverhältnis seien zudem ideologische Wahrnehmungsformen gebunden, die das gesellschaftliche

Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital als isoliertes Verhältnis von Warenbesitzern verschleierte, während die Arbeit als wertbildendes Element ebenso verschwinde wie die Aneignung des erarbeiteten Mehrprodukts durch den Kapitaleigner. Die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den antagonistischen Klassen erscheinen demzufolge in mystifizierter oder fetischierter Form als *versachlichte* bzw. *verselbständigte* Beziehungen zwischen gleichberechtigten Warenbesitzern, die lediglich Waren gegen Geld tauschen.² Marx' Darstellung des Kapitalverhältnisses zielt damit also nicht allein auf die Beschreibung eines ökonomischen Wertbildungs- oder Akkumulationsprozesses ab. Zugleich beabsichtigt Marx, auf dieser Grundlage die spezifisch kapitalistische Formbestimmtheit des Handlungs- und Herrschaftszusammenhangs von Individuen respektive Klassen in der bürgerlichen Gesellschaft zu beschreiben.

In der *Deutschen Ideologie* (MEW 3), in den *Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie* (1983: 151ff.) sowie in anderen Schriften hat Marx den Zusammenhang von Staat und kapitalistischer Ökonomie thematisiert. Von besonderer Bedeutung ist, daß direkte oder persönliche Herrschafts- und Knechtschaftsbeziehungen, die für die Epoche der feudalen Produktionsweise typisch sind, mit der Ausbreitung und Verallgemeinerung kapitalistischer Wirtschaftsbeziehungen verschwinden. In der wechselseitigen Anerkennung der Wirtschaftsakteure als *gleiche* und *freie* Rechtspersonen sowie im Verzicht auf gewaltsame Aneignung sieht Marx sogar eine notwendige Bedingung kapitalistischer Tauschbeziehungen begründet. In funktionaler Hinsicht setzt das Zustandekommen des Austausches nämlich das Vertrauen in Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit voraus. In der kapitalistischen Gesellschaft kommt dem Staat hierbei die Aufgabe zu, das Privateigentum zu garantieren sowie Freiheit, Gleichheit und Sicherheit der Individuen gegenüber privater Willkür zu schützen. Die Freiheit der Rechtspersonen, die im Wirtschaftsgeschehen als Privateigentümer agieren, ist für Marx damit wesentlich Freiheit *von* persönlichem Zwang und despotischer Unterordnung, nicht Freiheit des Individuums *in* der Gesellschaft selbst. (Vgl. MEW 3: 74f.) Das gemeinsame Interesse aller Warenbesitzer besteht eben in der Garantie ihrer Eigenschaft als Eigentümer. Dies gilt übrigens nicht nur

² Die kapitalistische Form der gesellschaftlichen Beziehungen erscheint nicht als solche, sondern als vergegenständlichte Sachbeziehung zwischen Warenbesitzern. Zum „Fetischcharakter der Ware“ vgl. Marx (MEW 23: 85ff.). Zum Lohnfetisch schreibt Marx (ebd.: 562): „Die Form des Arbeitslohns löscht (...) jede Spur der Teilung des Arbeitstags in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus. Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit.“ Hierin sieht Marx auch die „Freiheitsillusionen“ (ebd.) der kapitalistischen Produktionsweise begründet.

für das Rechtsinstitut „Privateigentum“, sondern eben auch für die Lohnarbeiter als Eigentümer ihrer „Ware“ Arbeitskraft. Somit ist für Marx von zentraler Bedeutung, daß die kapitalistische Exploitation nicht im Gegensatz zur staatlich garantierten formellen Freiheit und Gleichheit der Rechtssubjekte steht, sondern diese erst *innerhalb* der rechtlichen Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft möglich macht. Indem der bürgerliche Staat als Rechtsstaat die kapitalistischen Produktionsbedingungen garantiert, wird er - für Marx - zum Mittel oder Instrument, um die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie in der gewaltlosen Form des formal freien und gleichen Austausches aufrechtzuerhalten.

Die ökonomische Struktur des Kapitalismus hat für Marx weitreichende Folgen für die soziale, politische und kulturelle Ordnung der kapitalistischen Gesellschaft. Die gesellschaftliche und politische Stellung der Klassenindividuen, sozialstrukturelle Lage sowie Einstellungen und Weltbilder werden als mehr oder weniger direkte Folge ihrer Stellung im ökonomischen Produktionsprozeß gedeutet. In der *Deutschen Ideologie* heißt es demzufolge auch, daß die ökonomisch herrschende Klasse zugleich als geistig herrschende Klasse über die Produktion von Deutungsmustern und Ideologien verfügt: „Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind.“ (MEW 3, 46) Das Marxsche Basis-Überbau-Theorem verbindet sich hierbei mit seiner Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems: Politische oder symbolische Macht wird in diesem Kontext stets auf ökonomische Machtpotentiale zurückgeführt, während andere dazu querliegende oder relativ autonome Machtressourcen, die beispielsweise Klassenbildungsprozesse vorantreiben oder blockieren, kategorial weitgehend ausgeschlossen werden. Die Rückführung sozialer Klassen(de)formationen u.a. auch auf nicht-ökonomische Faktoren verbietet bereits die werttheoretische Fundierung des Klassenbegriffs bei Marx. Darum setzt er sich letztlich dem Dilemma aus, soziale Verhältnisse materieller oder symbolischer Natur ausschließlich auf der Basis der kapitalistischen Organisation des ökonomischen Produktionssystems erörtern zu können. Im Rahmen der „Kritik der Politischen Ökonomie“ wird lediglich nach den ökonomischen Bedingungen ihrer Formierung, ihres Aufstiegs und Niedergangs gefragt. Da auf eine darüber hinausweisende Bestimmung sozialer

Verhältnisse weitgehend verzichtet wird, muß auch letztlich die Analyse der Beziehungen zwischen Ökonomie, Staat und Kultur bei Marx unterkomplex bleiben.

II.2 Kapitalismusanalyse bei Max Weber

Im Gegensatz zu Marx hat Max Weber in den *Soziologischen Grundkategorien des Wirtschaftens* (1980: 31ff.) ganz bewußt auf eine umfassende Theorie zur Erklärung des modernen Kapitalismus verzichtet und sich auf eine soziologische Typisierung markanter Besonderheiten beschränkt. Gleichwohl hat dies Weber nicht davon abgehalten, in der Vorbemerkung seiner berühmten Studie *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* (1988a: 4) den Kapitalismus als die „schicksalsvollste(n) Macht unsres modernen Lebens“ zu kennzeichnen. Dort findet sich auch die keineswegs selbstverständliche Bemerkung, daß es Kapitalismus und kapitalistische Unternehmungen „in *allen* (Hervorhebung im Original, K.K.) Kulturländern der Erde gegeben“ (1988a: 6) habe, ob im alten China, in den ägyptischen Hochkulturen, in der antiken Latifundienwirtschaft, im mittelalterlichen Lehnsfeudalismus oder in neuzeitlichen Kolonialreichen. Von früheren Formen des Gewinnstrebens, welches unter Bedingungen des „Abenteurer-“ und „Kolonialkapitalismus“ irrational-spekulative bzw. gewaltsam-kriegerische Formen angenommen habe, grenzt Weber den spezifisch *modernen* Kapitalismus ab. Historisch betrachtet sei der moderne Kapitalismus nicht zufälligerweise in der Kultur des Okzidents entstanden. Die Besonderheiten des modernen Kapitalismus sieht Weber in einem ganz spezifischen *Rationalismus der okzidentalen Kultur* begründet, der die wirtschaftlichen Handlungen im Sinne einer sachlich-nüchternen Rechenhaftigkeit diszipliniert. Nach Weber zeichnet sich der moderne okzidentale Kapitalismus durch ein Höchstmaß an *formaler Rationalität* der Kapitalrechnung aus, die das wirtschaftliche Handeln am reinen Zweck der *Rentabilität* orientiert. Die dafür notwendige soziale Organisationsform ist, so Weber, der auf Kontinuität und Planmäßigkeit ausgerichtete moderne Erwerbsbetrieb, welcher Gewinne durch das „friedliche“ Ausnutzen von Marktchancen zu realisieren versucht. Die rationale Buchführung dient hierbei als Instrument der Kapitalrechnung, um betriebsökonomische Entscheidungen nüchtern kalkulieren und an den objektiven Marktdaten von Angebot und Nachfrage ausrichten zu können.

Weber (1980: 94f.) sieht den rational temperierten Betriebskapitalismus an verschiedene sozioökonomische, politisch-institutionelle und soziokulturelle Voraussetzungen gebunden (vgl. Collins 1992). Zu nennen ist *erstens* die formal freie und ungebundene unternehmerische Verfügungsgewalt über alle „sachlichen Beschaffungsmittel“ (Grund und Boden, Maschinen, Werkzeuge etc.) und die dazugehörige wirtschaftliche Vertragsfreiheit sowie *zweitens* die Institution der formal freien Arbeit, die den Einzelnen nicht nur in die rechtliche Lage versetzt, sondern ihn mangels anderer Einkommensquellen auch wirtschaftlich dazu nötigt, seine Arbeitskraft frei auf dem Markt zu verkaufen. In diesem Zusammenhang führt Weber *drittens* die rechtliche und buchmäßige Differenzierung von *Haushalt* und *Betrieb* bzw. Privatvermögen und Betriebskapital an. Während der Haushalt Geldmittel zum Zwecke der Bedarfsdeckung und Versorgung oder zur Anhäufung von Vermögen erwirtschaftet (*materiale Rationalität* der Haushaltsrechnung), sind die wirtschaftlichen Entscheidungen des Betriebs auf den alleinigen Maßstab der Rentabilität zugeschnitten, der damit zum Selbstzweck wird (*formale Rationalität* der Kapitalrechnung).³ *Viertens* muß eine berechenbare Rechts- und Verwaltungsordnung mit formal-legalen Regeln existieren, die für alle Wirtschaftsakteure Norm- und Rechtssicherheit schafft und insbesondere die Vertrags- und Gewerbefreiheit dauerhaft garantiert. *Fünftens* muß eine formal rationale, staatliche Ordnung des Geldwesens vorhanden sein, damit Geld seine Funktion als Instrument der betrieblichen Kapital- und Rentabilitätsrechnung faktisch erfüllen kann. Konsequenterweise sieht auch Weber im okzidentalenn modernen Staat, der Monopolfunktionen auf den Gebieten der Gewaltanwendung, Steuereintreibung und Normsetzung ausübt, die historische Grundvoraussetzung für die Etablierung eines rational kalkulierenden Wirtschaftshandelns auf der Basis von „friedlicher“ Konkurrenz um Marktchancen. Der spezifisch okzidentale, rational disziplinierte Betriebskapitalismus konnte sich *sechstens*, wie Weber ausdrücklich hervorhebt, jedoch nur entfalten, da er sich - in seiner Entstehungsphase - auf eine bestimmte Wirtschaftsgesinnung, eine Wirtschaftsethik stützen konnte. Diese Wirtschaftsethik habe die Formen des rational temperierten kapitalistischen Handelns getragen und kulturell legitimiert.

³ Das systematische Auseinanderfallen von formaler und materialer Rationalität im modernen Kapitalismus deutet Weber (1980: 60) als „grundlegende und letztlich unentrinnbare Irrationalität der Wirtschaft“ und sieht hierin „eine der Quellen aller ‚sozialen‘ Problematik“. Zur Unterscheidung von formaler und materialer

Dem „Geist des Kapitalismus“ hat Weber in seiner Religionssoziologie umfangreiche Untersuchungen gewidmet. Die protestantische Ethik habe, wie Weber (1988a) hervorhebt, im Unterschied zum Katholizismus die innerweltliche Berufsarbeit moralisch aufgewertet und damit zu einer Verlagerung der menschlichen Orientierung vom Jenseits zum Diesseits beigetragen. Hinzu komme, daß nach dem insbesondere im Calvinismus geltenden Dogma von der Gnadenwahl und der Prädestination die Menschen ihre himmlische Auserwähltheit nur dadurch erkennen können, daß ihnen bereits im Leben beruflicher Erfolg zuteil wird. Innerweltlicher Berufserfolg wird so zum Mittel, die Angst um das Seelenheil zu überwinden. Das Streben nach beruflichem Erfolg, Einkommen und Vermögen erklärt Weber damit aus der protestantischen, speziell der calvinistischen Lehre. Die protestantische Ethik verlange, so führt Weber fort, eine Gott wohlgefällige asketische und planvolle Lebensführung, die irrationale Triebe bändige und das gesamte Leben unter den Primat der rastlosen Berufsarbeit stelle. Die Konsequenz dieser mentalen Disposition sieht Weber in der Figur des privaten Erwerbsunternehmers, der ökonomische Gewinne nicht durch einen aufwendigen, luxuriösen Lebensstil aufbraucht, sondern zum Zwecke der Kapitalakkumulation reinvestiert. So betrachtet bildet sich der Typus des privat äußerst anspruchslosen, asketischen Berufsmenschen aus, der sein Vermögen als Ausdruck seines innerweltlichen Erfolgs- und damit seines außerweltlichen Gnadenstandes betrachtet.

Weber (1988a: 203f.) hebt ausdrücklich hervor, daß der einmal konsolidierte Kapitalismus diese ethische Fundierung nicht mehr benötigt. Im Zeichen der Säkularisierung sterben, so unterstreicht Weber, die religiösen Motive und Wurzeln ab und es setzt sich eine rein utilitaristische Diesseitigkeit durch. Die rationale Lebensführung auf Grundlage der Berufsidee erscheint damit lediglich als konstitutiver Geburtshelfer des „kapitalistischen Geistes“. In den religionssoziologischen Schriften thematisiert Weber deswegen auch nicht den Kapitalismus als ökonomisches System, sondern lediglich den „Geist des Kapitalismus“ in der Phase seiner Entstehung. Er unterscheidet damit zwischen der *Genese* der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die auf wertrationale Motive angewiesen ist, und ihrer heutigen *Funktionsweise* (vgl. Heins 1990: 66). Die Gravitationskräfte des modernen, einmal etablierten Kapitalismus erzwingen folglich auch nur noch von den Individuen, wie Weber ausdrücklich

Rationalität in der Weberschen Wirtschaftssoziologie vgl. Kraemer (1997a: 41ff.).

hervorhebt, marktkonformes Verhalten; er lasse in letzter Konsequenz nur die Wahl „zwischen der Alternative: 'teleologische' Anpassung an den 'Markt' oder ökonomischer Untergang“ (1988b: 140) zu. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, daß die Entwicklung der formalen Rationalität des modernen Kapitalismus bei Weber in einem engen Zusammenhang mit der durchgreifenden Rationalisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche steht, die sich wechselseitig ergänzen: der Rationalisierung und Positivierung des Rechts, der Entwicklung formal gesetzter, bürokratischer Staatsorganisationen sowie der Ausrichtung der neuzeitlichen Wissenschaften auf methodisch abgesicherte Untersuchungsverfahren und rationale Beweisführung. Entscheidend ist hierbei, daß Weber sich gegen einseitige deterministische Kausalannahmen wendet, um die ökonomische Entwicklung in ihren Interdependenzen zu sozialen, rechtlichen, politischen, wissenschaftlichen, religiösen und kulturellen Prozessen betrachten zu können. Im Unterschied zu politökonomischen Analysen in der Marxschen Tradition wird der ökonomischen Sphäre kein eindeutiger Primat zuerkannt.

III. Kapitalistische Wirtschaft = Kapitalistische Gesellschaft?

Die klassischen Analysen von Marx und Weber zum modernen Kapitalismus sind in den Sozialwissenschaften immer wieder zum Ausgangspunkt lebhafter Kontroversen geworden. Die Geschichte dieser Debatten kann an dieser Stelle nicht rekonstruiert werden. Festzuhalten ist lediglich folgendes: So unverzichtbar beide Autoren für das bessere Verständnis des Kapitalismus sowie seiner Bedeutung für moderne Gesellschaften auch sind, so unbefriedigend sind letztlich ihre Beiträge, wenn man nach einer *zeitgenössischen* soziologischen Theorie moderner kapitalistischer Gesellschaften fragt. Dies trifft zuallererst für die Marxsche Theorie des Kapitalismus zu, deren Probleme in aller Kürze weiter oben angedeutet worden sind. An dieser Stelle ist lediglich hinzuzufügen, daß entgegen der Marxschen Verelendungserwartung der Kapitalismus im Verlauf des 20. Jahrhunderts keineswegs immer größere und schärfere Klassenkonflikte heraufbeschworen hat. Vielmehr ist vom Gegenteil auszugehen, d.h. von einer Pazifizierung, Verrechtlichung und institutionellen Regulierung des Klassengegensatzes (vgl.

Dahrendorf 1957). Die kapitalistische Produktionsweise führt keineswegs automatisch, also infolge ihrer spezifischen Eigenschaft oder „Logik“, zu einer wachsenden Polarisierung der sozialen Klassen und einer „Proletarisierung“ der Mittelschichten. Kapitalismus, Massenwohlstand und Demokratie schließen sich weder theoretisch noch praktisch aus, sondern sind in den unterschiedlichsten Konstellationen in den westlichen Gesellschaften der Gegenwart anzutreffen. Mehr noch: Der Kapitalismus ist prinzipiell offen für die verschiedenen Formen des sozialen und kulturellen Wandels. Gegenüber der jüngeren deutschen Individualisierungstheorie (vgl. Beck/Sopp 1997) ist deswegen auch hervorzuheben, daß traditionelle klassenspezifische Milieus, Lebensstile, Lebensläufe und Lebenslagen sich nicht jenseits, sondern *innerhalb* kapitalistischer Gesellschaften aufgelöst haben und weiter auflösen.

Die Einwände gegen Weber sind auf einer anderen Ebene angesiedelt. Gerade unter nichtmarxistischem Vorzeichen ist sicherlich der wirtschaftssoziologische Beitrag Webers zu einer Analyse kapitalistischer Institutionen auch heute noch von großer Bedeutung. Webers besonderes Interesse galt jedoch weder dem Kapitalismus *an sich* und seinen Funktionsmechanismen noch analysierte er in umfassender Weise seine revolutionierende Bedeutung für moderne Gesellschaften; vielmehr widmete er sich primär seinem Generalthema, das das gesamte Webersche Werk wie ein roter Faden durchzieht: der Prozeß der „okzidentalen Rationalisierung“. Da im folgenden nicht die Genese der kapitalistischen Mentalität oder Wirtschaftskultur zu erörtern ist, sondern problematisiert werden soll, ob der Kapitalismus-Begriff als Schlüsselbegriff zur Beschreibung moderner Gesellschaftssysteme tragfähig ist, kann auch nicht die Plausibilität der Weberschen Protestantismusthese einer kritischen Erörterung unterzogen werden (zur Kritik vgl. Marshall 1982; MacKinnon 1988a und 1988b; Lehmann 1996).

Wie bereits oben angedeutet, ist der Begriff des kapitalistischen *Wirtschaftssystems* mit dem Begriff des kapitalistischen *Gesellschaftssystem* nicht deckungsgleich. Die zentrale Frage lautet deshalb, wann von kapitalistischer Gesellschaft als „Gesellschaft“ in einem soziologisch anspruchsvollen Sinne gesprochen werden kann. Unbeantwortet bliebe diese Frage, wenn die kapitalistische Gesellschaftsordnung bloß im Hinblick auf die wichtigsten sozioökonomischen Institutionen erörtert würde. Der Kapitalismus kann nur dann als *Gesellschaftssystem* adäquat gekennzeichnet werden, wenn die *außerökonomischen* Handlungsbereiche unter besonderer

Berücksichtigung des politisch-administrativen Systems in die Analyse einbezogen werden. Das theoretisch-konzeptionelle Problem besteht gleichwohl darin, wie das Verhältnis von Ökonomie, Politik und Kultur zu bestimmen ist. Hierbei geht es einerseits darum, den Fallstricken des marxistischen Ökonomismus zu entgehen, der ein versimplifizierendes, kausal-deterministisches Verhältnis im Sinne einer Basis-Überbau-Architektur annimmt. Andererseits ist jedoch der beträchtliche strukturelle Einfluß nicht zu unterschätzen, den das kapitalistische Wirtschaftssystem auf die Entscheidungen z.B. des politisch-administrativen Systems, des Bildungs- und Wissenschaftssystems, aber auch auf die Reproduktionssphäre von Familie, Privathaushalt und Alltagskultur ausübt. Im Kern ist also ein doppeltes Verhältnis angesprochen, nämlich die *relative* Dominanz der Ökonomie gegenüber den außerökonomischen Handlungsfeldern sowie - im Umkehrschluß - deren *relative* Autonomie gegenüber den Imperativen der kapitalistischen Wirtschaft. Der Begriff relative Autonomie meint, daß ein nicht unerheblicher Teil dieser außerökonomischen Handlungsfelder getrennt vom kapitalistischen Wirtschaftssystem analysiert werden muß.⁴

Es wäre sicherlich überzogen, von einem ökonomischen Imperialismus zu sprechen, der alle Felder des sozialen Lebens dem Marktprinzip von Angebot und Nachfrage unterwirft (vgl. hierzu kritisch Kraemer 1997b: 293ff.). Dessen ungeachtet darf jedoch nicht die basale Bedeutung der kapitalistischen Wirtschaft unterschätzt werden. Berger (1992: 34) spricht deswegen auch zutreffend von „revolutionären Einflüssen“ des Kapitalismus auf Entwicklung, Dynamik und Wandel moderner Gesellschaften. Wenn man im Einzelfall diese Einflüsse genauer ausloten will, dann steht man gleichwohl vor einer sehr schwierigen Aufgabe. Einige Gesichtspunkte können jedoch in allgemeiner Absicht an dieser Stelle angeführt werden: *Erstens* ist kein anderes sozio-ökonomisches System in der Geschichte der Menschheit in der Lage gewesen, die materiellen, sozialen, politischen und kulturellen Facetten so radikal zu verändern. Einerseits hat der moderne Kapitalismus ein Sozialsystem geschaffen, das sich

⁴ Die Ausdifferenzierung zwischen privatökonomischer Erwerbssphäre und politisch-administrativen Institutionensystem ist ein konstitutives Merkmal moderner kapitalistischer Gesellschaftssysteme. Aus unterschiedlichen theoretischen Blickwinkeln haben bereits Marx und Weber hierauf hingewiesen. Polanyi (1978) hat in einer einflußreichen Studie die Absonderung der modernen Ökonomie von allen anderen sozialen Schauplätzen, insbesondere von politischen Institutionen, in der Absicht erörtert, um auf die gesellschaftlichen Konsequenzen bzw. sozialen Kosten einer „disembedded“ Ökonomie hinzuweisen. Damit hat Polanyi das Problem der gesellschaftlichen Integration von politischer Steuerung und privatwirtschaftlichen Prozessen aufgeworfen.

grundlegend von anderen Formen der hierarchischen Schichtung - etwa des Feudalismus - abhebt. Der Einzelne wird aus hemmenden Bindungen herausgelöst, die ihm ständische Ordnungen und Gemeinschaften auferlegen; und es eröffnet sich die „Möglichkeit der Auswahl, der Entscheidungen“ (Berger 1992: 139), die in traditionellen Gesellschaftssystemen unbekannt waren. Alle Vorteile - d.h. in erster Linie Zugang zu materiellen Gütern und Dienstleistungen, aber auch Macht und Sozialprestige - werden nämlich nicht mehr durch Geburt, Tradition, herrschaftliche Privilegien oder Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft bestimmt, sondern primär durch den wirtschaftlichen Erfolg des Individuums, also durch Einkommen und Vermögen, die damit zu den wichtigsten Schichtungskriterien aufsteigen.⁵ Und zum anderen hat der Kapitalismus auf der Basis von freiem Markt und Unternehmertum eine einzigartige, unablässig expandierende technologisch-industrielle Produktionskapazität aufgebaut, die die materiellen Bedingungen des menschlichen Lebens sowie die sozialen Organisationsformen dramatisch verändert hat.⁶ Diese industrielle Dynamik des Kapitalismus kann insbesondere durch folgende Aspekte charakterisiert werden: Transformation der Agrikultur in Agroindustrie, exponentielles Wachstum der Industrieproduktion, Produktivitätssteigerung durch Arbeitsteilung und Substitution der Hand- durch Maschinenarbeit (Automatisierung, Motorisierung), Substitution von organischen „Naturstoffen“ durch „Kunststoffe“ und Technologie (Synthetisierung, Chemisierung), Erfindung neuartiger Produktionsverfahren (z.B. Gentechnik) und Informations- bzw. Kommunikationsnetzwerke (Computerisierung), usw. Kurzum, im Vergleich zu vormodernen Agrargesellschaften haben diese und andere Veränderungen die stoffliche Reproduktionsbasis umgewälzt und den gesellschaftlichen Stoffdurchsatz extrem ansteigen lassen (industrieller Metabolismus). Die „Produktivkräfte“ (Marx) des modernen Kapitalismus haben auf der Basis eines fossilen Energiesystems hierbei ein Niveau der materiellen Umweltnutzung und Umweltbelastung hervorgebracht, das ebenfalls als historisch einzigartig zu bezeichnen ist.

Zweitens ist die ökonomische Effizienz und Leistungsfähigkeit des kapitalistischen Systems für die soziale Entwicklung einer Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Sicherlich

⁵ Einschränkung ist sicherlich anzumerken, daß zusätzliche soziale Kriterien (z.B. Herkunft, Milieu Geschlecht, Ethnie) den formal gleichen und freien Zugang zu begehrten Ressourcen entweder erheblich begünstigen oder erschweren können.

kann kein einfacher Automatismus zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung unterstellt werden. Die historisch singuläre Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstandes in den OECD-Länder wäre gleichwohl ohne die Entfaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht möglich gewesen. Der *Human Development Report* des UNDP (1996) weist beispielsweise nach, daß ein bestimmtes Niveau bzw. Verbesserungen bei der Versorgung der breiten Bevölkerung mit Wohlstandsgütern - wie Gesundheitsdienste, urbane Versorgungsinfrastruktur, Bildungs-, Kultur- und Informationsangebote - über einen längeren Zeitraum hinweg nur realisiert und aufrechterhalten werden können, wenn sie durch stabile, dauerhafte Wachstumsraten des ökonomischen Sektors gestützt werden. Der Einfluß der kapitalistischen Ökonomie auf die gesellschaftliche Entwicklung ist natürlich aber auch im umgekehrten Fall gegeben, also dann, wenn die ökonomische Leistungsfähigkeit durch strukturelle oder konjunkturelle Wirtschaftskrisen blockiert wird. In der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts bietet die Weimarer Republik ein besonderes tragisches Beispiel dafür, inwieweit eine ökonomische Depression auf die gesellschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse zurückschlagen kann.

Die ökonomische Leistungspotenz des Kapitalismus wirkt sich *drittens* unmittelbar auf den Handlungs- und Gestaltungsspielraum des Staates aus. Das politisch-administrative System erfüllt in modernen Gesellschaften eine Reihe von kostenintensiven Steuerungs- (Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Infrastrukturpolitik) und Redistributionsfunktionen (Sozialpolitik), die über die klassischen rechtsstaatlichen Kernfunktionen des liberalen „Nachwächterstaates“ weit hinausgehen. Diese Funktionen zusammengenommen schaffen einen gewaltigen Finanzbedarf, der offenkundig macht, in welcher Weise die staatliche Regulierungs- und Problemlösungskapazität an die Wachstumsraten der kapitalistischen Ökonomie rückgekoppelt ist. Dem Staat wird durch die Finanzkraft der Privatwirtschaft - über Steuern und Abgaben - die monetäre Grundlage für politische Gestaltungsaufgaben gegeben. Zwar ist eine zunehmende Regelungsdichte des wirtschaftlichen Geschehens durch staatsinterventionistische Maßnahmen zu beobachten, aber zugleich ist und bleibt das politisch-administrative System von den Zahlungen der Ökonomie unmittelbar abhängig. Die strukturelle Abhängigkeit nimmt in dem Maße zu, in dem die Funktionsfelder des Staates und die an ihn herangetragen

⁶ Berger (1992: 73) deutet die Industrielle Revolution als „geschichtliche Leistung des Kapitalismus“.

Regulierungserwartungen anwachsen. In dieser Abhängigkeit von monetären Ressourcen, die das ökonomische System erzeugt, liegt zu einem nicht unerheblichen Teil die Krisenanfälligkeit moderner demokratischer Systeme begründet. Wenn die Erwartung der Staatsbürger enttäuscht wird, daß die öffentlichen Infrastruktur- und Dienstleistungsaufgaben effizient bewältigt, Wohlfahrtsaufgaben wahrgenommen und im Falle unvermeidbarer Verluste Lastenverteilungen „gerecht“ vorgenommen werden, dann kann die Legitimation der politischen Demokratie in kapitalistischen Gesellschaften ernsthaft gefährdet sein.

Und *viertens* ist praktisch die *Monopolstellung* der kapitalistischen Wirtschaft bei der Aneignung des Sozialprodukts gesichert. Sicherlich kann die Verteilung von Einkommen und Vermögen durch marktbeschränkende oder marktkorrigierende Regulationen des politischen Systems *ex-post* beeinflußt werden. Dies ändert jedoch im allgemeinen wenig daran, daß die Reproduktions-, Konsumtions- und Tauschchancen, über die ein sozialer Akteur verfügt, mit der Stellung in der ökonomischen Sphäre verschränkt sind (vgl. hierzu Kraemer 1997a: 137ff.). Außerhalb des Erwerbslebens gibt es nur noch sehr beschränkte und unzureichende Wege des Zugangs zu ökonomischen Ressourcen. Zu nennen ist die hauswirtschaftliche Subsistenzökonomie, der sog. informelle Sektor, sowie die sozialen Sicherungssysteme, die jenen Staatsbürgern Geldmittel organisieren, die keinen oder nur einen sehr beschränkten Zugang zu diesen Ressourcen haben, weil z.B. ihre Arbeitskraft nicht nachgefragt wird (Erwerbslosigkeit). Daß die soziale Stellung im Wirtschaftssystem über die ungleiche Verteilung ökonomischer *und* nicht-ökonomischer Lebenschancen entscheidet, trifft übrigens auch in gleichem Maße für die nicht-erwerbstätige Bevölkerung zu, die ihren Lebensunterhalt nicht über den Verkauf von Arbeitskraft bestreitet, sondern über direkte Transferzahlungen. Hierbei handelt es sich nämlich um *erwerbsbezogene* Einkünfte, d.h. ihre Höhe bemißt sich entweder nach der eigenen früheren (Arbeitslose, Rentner, Pensionäre) oder nach der zu zukünftig zu erwartenden Erwerbstätigkeit (Ausbildungsförderung, Stipendien). Im Grundsatz gilt dies auch für die Empfänger privaten Unterhalts (insbesondere Hausfrauen), da deren sozioökonomische Lage von der Erwerbssituation der unterhaltspflichtigen Person abhängt (Kreckel 1992: 153). Aus diesem Grunde drängen auch immer mehr Erwerbsfähige, insbesondere Frauen, auf den Arbeitsmarkt. Über Erwerbsarbeit wird schließlich nicht nur materielle Existenz und soziale Sicherheit vermittelt, sondern auch

Identität zugeschrieben, da u.a. die Bezahlung als Ausdruck der gesellschaftlichen Wertschätzung geleisteter Arbeit interpretiert wird.

IV. Zwei Varianten der modernen kapitalistischen Gesellschaft

Kapitalistische Gesellschaftssysteme sind nicht statisch oder invariant, sondern - insbesondere in den letzten Jahrzehnten - beschleunigten Modernisierungsprozessen unterworfen. Sie folgen keinen monokausal-linearen Entwicklungsmodellen und sie nicht durch einen einheitlichen, Strukturzusammenhang charakterisiert. Vielmehr sind sie einem höchst komplexen Bedingungsgefüge unterschiedlichster - ökonomischer und nichtökonomischer - Faktoren unterworfen. Je nach historischer Konstellation und länderspezifischer Besonderheit können strukturelle Differenzierungen festgestellt werden, die Ökonomie und Politik, Kultur und Gesellschaft sowie das Zusammenspiel dieser Handlungsfelder untereinander betreffen. Die kapitalistische Gesellschaft im Singular gibt es nicht. Grob schematisierend können zwei dominante Entwicklungsmodelle kapitalistischer Gesellschaften voneinander unterschieden werden: *wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismus* und *neoliberaler Kapitalismus*. Der Typus des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus ist vor allem in der Bundesrepublik, in Österreich und den skandinavischen Ländern verbreitet, während der neoliberale Kapitalismus sein Zentrum in den USA hat.⁷ Beide Modelle sind unbestreitbar kapitalistischer Natur: Marktwirtschaftliche Strukturen, Privateigentum und freies Unternehmertum sind die Regel und fest institutionalisiert. Und doch unterscheiden sie sich vor allem hinsichtlich der *Stellung* des Marktes, der Unternehmung, der sozialen Institutionen, der Verbände, der Individuen und der legalen politischen Ordnung *in* Wirtschaft und Gesellschaft. Die wesentlichen Unterschiede zwischen wohlfahrtsstaatlichem und neoliberalen Kapitalismus können nicht auf die Struktur

⁷ Lash/Bagguley (1988) verwenden das Begriffspaar „organisierter/disorganisierter Kapitalismus“. Albert (1991) spricht vom „rheinischen“ und „neo-amerikanischen Kapitalismus“. Vgl. auch van Kersbergen (1995). Israel (1997: 76ff.) unterscheidet eine dritte Variante, den „japanischen Kapitalismus“. Nach Albert (1991: 25) ist der „rheinische Kapitalismus“ dem japanischen Modell jedoch „sehr ähnlich“. Auf eine genauere länderspezifische Differenzierung der beiden Entwicklungsmodelle muß verzichtet werden. Siehe exemplarisch Crouch/Streeck (1997). Esping-Andersens (1998) Typologie unterschiedlicher wohlfahrtsstaatlicher Regime in kapitalistischen Gesellschaften (liberales, korporatistisches und sozialdemokratisches Regime) kann nicht berücksichtigt werden. Vgl. Lesse-nich/Ostner (1998).

der ökonomischen „Produktionsweise“ (Marx) zurückgeführt werden, sondern verweisen auf historisch gewachsene politische, soziale und kulturelle *Praktiken und Systeme* der gesellschaftlichen *Ein- oder Entbettung* der Ökonomie.⁸ Diese möchte ich abschließend genauer betrachten.

III.1 Wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismus

Das hervorstechende Merkmal des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus ist die intensive strukturelle Verflechtung von Wirtschaft, Staat und Verbänden. Hierbei handelt es sich um mehr oder weniger institutionalisierte Verhandlungssysteme, die die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe um begehrte Ressourcen in verrechtlichte und *konsensfähige* Bahnen lenken. Einen besonderen Stellenwert besitzen in diesem System die industriellen Arbeitsbeziehungen zwischen den Arbeitsmarktparteien, klassisch gesprochen: zwischen Kapital und Arbeit, die unter maßgeblicher Beteiligung eines dritten *corporate actors*, dem Staat, in ein Netzwerk von Konfliktregelungs- und Normsetzungsverfahren eingebunden sind. Dieses für den wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus archetypische strategische Arrangement von Unternehmungen, Gewerkschaften und Staat bezeichnet Kreckel (1992: 154ff.) als „korporatistisches Dreieck“.⁹ Für die Bundesrepublik kann dieses makrosoziale Kräftefeld folgendermaßen konkretisiert werden, auch wenn gewisse Erosionserscheinungen seit den 80er Jahren unübersehbar sind: Gewerkschaften und Unternehmensverbände treten als gesellschaftliche Ordnungsfaktoren auf und erfüllen im Rahmen der institutionalisierten „Tarifpartnerschaft“ quasi-staatliche, gesetzgebungsähnliche Funktionen. Die „Tarifautonomie“ ist verfassungsrechtlich garantiert, so daß auch die Inhalte von Tarifnormen der direkten

⁸ Die vergleichende Analyse der verschiedenen Entwicklungspfade kapitalistischer Gesellschaften läßt erkennen, daß die Unterschiede im Verhältnis von Ökonomie und Politik z.T. erheblich sind. Dies muß als Beleg für die Annahme „relativer Autonomie“ des Staatssektors gegenüber dem privatwirtschaftlichen Sektor interpretiert werden (vgl. Kap. III).

⁹ Kreckel (1992: 156) verwendet die Bezeichnung „korporatistisches Dreieck“, ohne zugleich in der sog. „Neokorporatismus-Debatte“ explizit Position zu beziehen. Damit will er die Frage offenhalten, ob korporatistische Arrangements zwischen Gewerkschaften, Unternehmen und Staat auch in der Bundesrepublik der 90er Jahre dauerhaft stabil sind oder eher eine Deregulierung, Pluralisierung und Fragmentierung der industriellen Arbeitsbeziehungen überwiegt, die die Organisations- und Verhandlungsmacht der Gewerkschaften einseitig schwächt. Zu dieser Debatte vgl. etwa Keller (1993).

Regelungskompetenz des politisch-administrativen Systems entzogen sind. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, daß sich die gewerkschaftliche Tarifpolitik nicht an Umverteilungszielen im eigentlichen Sinne orientiert, sondern an einer Verteilung, die im Rahmen wirtschaftlicher Produktivitätszuwächse verbleibt. Die staatlichen Akteure üben in diesem Prozeß insofern eine gewichtige Rolle aus, als sie den industriellen Konfliktaustrag im Geiste der „konzertierten Aktion“ oder des „Bündnisses für Arbeit“ moderieren und versuchen, die großen Interessenverbände *im Dialog* auf makroökonomische Zielvorgaben zu verpflichten. Die nationale Konfliktkultur wird hierbei nicht unwesentlich von den sog. „Volksparteien“ geprägt, die primär als Vermittler oder Impulsgeber für konfliktentschärfende Konsens- bzw. Kompensationslösungen auftreten. Darüber hinaus beeinflussen die staatlichen Organe das Arbeitsmarktgeschehen durch interventionistische Maßnahmen, teil in Form einer direkten Wachstums- und Arbeitsmarktpolitik, teils auf dem Wege der Arbeitsgesetzgebung und Arbeitsrechtsprechung, der Sozial- und Wohlfahrtspolitik (vgl. Müller-Jentsch 1997). Den sozialstaatlichen Sicherungssystemen der Bundesrepublik kommt hierbei die Aufgabe zu, allen Anspruchsberechtigten z.B. im Arbeitslosen- oder Krankheitsfall für einen begrenzten Zeitraum und in Anlehnung an frühere - vom Arbeitseinkommen abhängige - Beitragszahlungen soziale Leistungen zu gewähren und ansonsten allen anderen Bedürftigen unabhängig von den ökonomischen Verteilungsergebnissen ein materielles Existenzminimum (Sozialhilfe) zu ermöglichen.¹⁰

Staatliche Institutionen greifen durch Steuer- und Abgabensinstrumente in das ökonomische Geschehen ein, wobei die verfolgten Strategien je nach gesellschaftspolitischer Ausrichtung umverteilungsrelevant sein können oder auch nicht: sie reichen von Maßnahmen, die die bestehenden Einkommens- und Vermögensrelationen unangetastet lassen oder sogar noch verstärken bis hin zu aktiven wohlfahrtsstaatlichen Umverteilungspolitiken zugunsten einkommensärmerer Bevölkerungsgruppen. Nach Esping-Andersen (1998) verweist das jeweilige wohlfahrtsstaatliche Leistungsprinzip (Armenhilfe/Sozialfürsorge, gesetzliche

¹⁰ Außerhalb des korporativen Machtdreiecks von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften gibt es in der Bundesrepublik einen Kranz weiterer intermediärer Organisationen wie Kirchen, Wohlfahrtsverbände und andere spezialisierte Interessenverbände (Umwelt-, Bauern-, Ärzte-, Kultur-, Wissenschaftsverbände etc.) sowie organisationsfähige soziale Bewegungen, die auf die Formulierung und Gestaltung einzelner policy-Felder einwirken.

Sozialversicherung, gleiche Grundsicherung für alle Bürger) auf den Grad der „De-Kommodifizierung“ des Warencharakters der Arbeitskraft. Unter „De-Kommodifizierung“ versteht er das Maß, in dem die existenzgefährdenden Risiken des kapitalistischen Arbeitsmarktes wie Arbeitslosigkeit und Ausfall des Arbeitseinkommens durch sozialstaatliche Sicherungssysteme eingeschränkt werden. Wie die Erfahrung lehrt, führt dieser Staatsinterventionismus gleichwohl nicht zu einer Annullierung der kapitalistischen Verteilungsergebnisse, sondern bestenfalls dazu, den sozialen Ausgleich zu befördern und Verarmungsrisiken wohlfahrtsstaatlich abzufedern („soziale Marktwirtschaft“). Zusammengefaßt können dem Wohlfahrtsstaat in kapitalistischen Gesellschaften somit wichtige *integrative*, *kompensatorische* und *legitimatorische* Funktionen (Schmid 1996: 45ff.) zugeschrieben werden. Mit seiner Hilfe soll der Kapitalismus nicht abgeschafft, sondern *gebändigt*, genauer: reorganisiert bzw. stabilisiert werden. Und vor allem sollen die sozialen Kosten des Kapitalismus wie soziale Polarisierung und Desintegrationsprozesse begrenzt, manchmal auch nur institutionell verwaltet werden, ohne daß dadurch die innovative Dynamik dieser Wirtschaftsweise gelähmt wird. Mit den Worten von Scharpf (1997: 1) zielen die staatlichen und sonstigen Regulierungsstrategien auf die soziale und demokratische „Zivilisierung der kapitalistischen Ökonomie“ ab.

III.2 Neoliberaler Kapitalismus

Die zweite Variante kapitalistischer Gesellschaften ist deswegen als neoliberal zu bezeichnen, weil dem Markt weit mehr Entfaltungsmöglichkeiten und weniger politische Grenzen gesetzt werden. Der neoliberale Kapitalismus steht für den Rückzug des Staates aus Wirtschaft und Gesellschaft, d.h. für die „Deregulierung“ der Arbeits- und Finanzmärkte, für die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und den Abbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme zugunsten einer Individualisierung sozialer Lasten und Risiken. Wichtige Leistungen (Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Alterssicherung) sind nicht als legal verbürgte *soziale Anspruchs-* oder *Versorgungsrechte* garantiert, sondern werden als *käufliche* Güter gegen Geldzahlungen angeboten. Gemäß des liberalen Staatsprinzips ist die Staatstätigkeit auf die klassischen Kernfunktionen zu reduzieren, also auf die Garantierung innerer und äußerer Sicherheit durch die staatlichen Apparate sowie auf das effektive Funktionieren des Rechtssystems, damit der

Markt die kreativen Potentiale der Gesellschaft freisetzen bzw. entfesseln kann. Das Motto des radikalen Marktliberalismus lautet: ein Maximum an Wettbewerb, ein Minimum an Staat. Oder mit den Worten von Israel (1997: 80): „Der Markt soll eine Reihe von Funktionen und öffentlichen Diensten übernehmen und sie zu Marktpreisen jenen zugänglich machen, die bereit sind, dafür zu bezahlen.“ Damit verzichtet der Staat auf eine aktive Arbeitsmarkt- und Wachstumspolitik und konzentriert sich stattdessen darauf, die Angebotsbedingungen des ökonomischen Systems zu verbessern und marktbeschränkende bzw. marktkorrigierende Regelungen abzubauen. Unternehmen und Kapitaleinkommen werden von Steuern und Sozialabgaben entlastet, um den inländischen „Wirtschaftsstandort“ im globalen Maßstab attraktiver bzw. wettbewerbsfähiger zu machen; und zugleich werden die *collective bargaining*-Systeme der industriellen Arbeitsbeziehungen dereguliert und flexibilisiert. Unter Bedingungen eines flexibilisierten Arbeitsmarktes mit weitgehender privater Vertragsfreiheit und schwachen Gewerkschaften entstehen - vor allem in den konsumorientierten Dienstleistungsbranchen - neue (einfache) Beschäftigungsformen, die sehr niedrig bezahlt sind, unattraktive Arbeitszeiten haben, niedrige Qualifikation erfordern und kurzfristig kündbar sind. Diese sog. *bad jobs* stehen außerhalb der sonst üblichen Regulierungen des Tarif- und Arbeitsrechts und führen für nicht wenige Beschäftigte zu Erwerbseinkommen unterhalb der Armutsgrenze (*working poor*).

Neoliberale Flexibilisierungs- und Deregulierungsstrategien begünstigen somit hohe individuelle Einkommensdifferenzierungen, und zwar mit dem Ergebnis einer ansteigenden Gefahr der Armut *trotz* Arbeit, wie am Beispiel der USA nachgewiesen werden kann (zur US-amerikanischen Einkommensentwicklung vgl. Nelson 1995; Häußermann/Siebel 1995: 81ff.; Reich 1996: 221ff.). Die gesellschaftlichen Kosten wie soziale Polarisierung und Desintegration werden in Kauf genommen, die in den USA sogar bis zur „ökonomischen Apartheid“ (Albert 1991: 50) reichen und dazu führen, daß innerhalb derselben Gesellschaft die verschiedenen Bevölkerungskategorien unter gänzlich anderen Bedingungen leben. Als besonders markantes Beispiel dieser Form von Apartheid ist die sozialräumliche Exklusion von Teilen der - afroamerikanischen - Armutbevölkerung in den Ghettos wohlhabender US-Großstädte anzuführen. Wilson (1987) hat hierfür den Begriff der „new urban underclass“ geprägt, die durch die Merkmale „marginal economic position“ und „social isolation“ gekennzeichnet ist.

Im Gegensatz zum wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismus, der „den gemeinschaftlichen Erfolg, den Konsens und das langfristige Vorausdenken“ favorisiert, basiert das neoliberale Modell des Kapitalismus auf „individuellem Erfolg und dem schnellen finanziellen Gewinn“ (Albert 1991: 25). Damit ist nichts anderes gemeint als die sogenannte *shareholder*-Fixierung des neoliberalen Kapitalismus, also die strikte Ausrichtung der Unternehmensziele auf die kurzfristigen ökonomischen Interessen der Anleger und Aktionäre. Nicht längerfristig angelegte technologische Innovations-, Investitions- und Absatzstrategien stehen auf der Prioritätenskala der Investoren ganz oben, sondern die Erhöhung des aktuellen Marktwerts eines Unternehmens, die möglichst *sofort* - auch auf Kosten der zukünftigen Unternehmensentwicklung - zu erreichen ist. Die Aktionäre, insbesondere institutionelle Investoren (in den USA vor allem Rentenfonds und Versicherungsgesellschaften), schielen sozusagen nach der unmittelbar rentabelsten Aktie und versuchen, die kurzfristigen Erträge ihres Portefeuilles zu optimieren. Notwendige Konsequenz dieser neoliberalen Philosophie ist, daß sich die Unternehmen dem „Diktat der Kapitalmärkte“ (Altvater/Mahnkopf 1996: 349) zu beugen und eine wettbewerbsfähige Mindestkapitalverzinsung auf der Basis von Dividende plus Kursanstieg der Aktien zu gewährleisten haben, während die Interessen der *stakeholders* (Arbeitnehmer, Zulieferer, Kunden, Öffentlichkeit) buchstäblich auf der Strecke bleiben.

Diese für den neoliberalen Kapitalismus typischen Strukturmerkmale sind in Großbritannien und den USA seit den 80er Jahren am stärksten ausgeprägt, kennzeichnen aber auch die Grundströmung wohlfahrtsstaatlich organisierten kapitalistischen Gesellschaften auf dem europäischen Kontinent, ohne daß jedoch von einer Angleichung oder Konvergenz gesprochen werden kann (Lash/Bagguley 1988). In der Bundesrepublik und auch in den skandinavischen Ländern sind Veränderungen zu registrieren, die auf eine Abkehr vom Modell des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus der 70er Jahre verweisen. Dieser Trend kann besonders deutlich an der erhöhten Selektivität des Wohlfahrtsstaates und dem gestiegenen Verarmungsrisiko abgelesen werden. Die Internationalisierung der Märkte für Güter und Dienstleistungen - in Europa insbesondere die Schaffung eines einheitlichen EU-Binnenmarktes - hat einen Kostenwettbewerb zwischen den nationalen „Wirtschaftsstandorten“ in Gang gesetzt, der die Politik überall dazu veranlaßt, die Steuerlast für Unternehmen zu senken, die Regulierungen von Arbeitsverhältnissen einzuschränken und sozialstaatliche Leistungen

abzubauen. Es wäre jedoch voreilig, diesen Befund zu übergeneralisieren und von einem alternativlosen, linearen Entwicklungspfad auszugehen. Gerade im Vergleich zu Großbritannien und den USA haben nämlich in diesen Ländern die neoliberalen Deregulierungsstrategien ein durchaus begrenztes Ausmaß angenommen. Für eine differenzierte Analyse moderner kapitalistischer Gesellschaften ist es deshalb unabdingbar, die nationalen Besonderheiten der (De-)Regulierung genauer in den Blick zu nehmen und im einzelnen zu problematisieren, unter welchen politischen, institutionellen und strukturellen Bedingungen sich sowohl die *wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme* als auch die *korporatistischen Verhandlungssysteme* gegenüber den Herausforderungen eines politisch ungezügelt neoliberalen Kapitalismus als widerstandsfähig oder krisenanfällig erweisen (Schmid 1996). Pauschalierende Konvergenztheorien übersehen jedenfalls die z.T. beträchtlichen länderspezifischen Divergenzen in den Praktiken und Systemen der Konfliktbearbeitung, welche unterschiedliche Formen der politisch-administrativen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Ein- bzw. Entbettung des ökonomischen Systems hervorgebracht haben. Beschleunigt durch Prozesse der Modernisierung und Globalisierung weisen alle kapitalistischen Gesellschaften strukturelle Gemeinsamkeiten auf und sie sehen sich ähnlichen Problemlagen gegenüber, doch in den Mustern, die zur Bearbeitung dieser Probleme entwickelt werden, unterscheiden sie sich in hohem Maße. International vergleichende Untersuchungen aus dem Umfeld der *Institutionellen Ökonomie* bzw. der *Vergleichenden Politischen Ökonomie* haben die institutionelle Diversität der nationalen Regulierungsformen moderner kapitalistischer Gesellschaften in den 80er und 90er Jahre in vielfacher Weise bestätigt (Hollingsworth/Schmitter/Streeck 1994; Hollingsworth/Boyer 1997; Crouch/Streeck 1997). Die große Vielfalt der nationalen institutionellen Arrangements zwischen Staat, Unternehmen, Verbänden und Netzwerken läßt deshalb auch die Vermutung zu, daß offenbar die vielbeschworenen Zwänge der „Globalisierung“ nicht zu national homogenen (De-)Regulierungsformen führen werden.

Literatur:

Albert, M. 1991, Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt/M.

- Altwater, E./B. Mahnkopf 1996, Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster.
- Beck, U. 1996, Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In: Beck, U./A. Giddens/S. Lash (Hg.), Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt/M., 19-112.
- Beck, U./P. Sopp (Hg.), Individualisierung und Integration. Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus?, Opladen 1997.
- Berger, P.L. 1992, Die kapitalistische Revolution. Fünfzig Leitsätze über Wohlstand, Gleichheit und Freiheit, Himberg.
- Collins, R. 1992, Weber's Last Theory of Capitalism. A Systematization. In: Granovetter M./R. Swedberg (Eds), The Sociology of Economic Life, Boulder, 85-110.
- Crouch, C./W. Streeck (Eds.) 1997, Political economy of modern capitalism. Mapping convergence and diversity, London.
- Dahrendorf, R. 1957, Soziale Klassen und Klassenkonflikte in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart.
- Esping-Andersen, G. 1988, Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, S./I. Ostner (Hg.), Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Opladen, 19-56.
- Giddens, A. 1988, Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt/M.
- Häußermann, H./W. Siebel 1995, Dienstleistungsgesellschaften, Frankfurt/M.
- Heins, V. 1990, Max Weber zur Einführung, Hamburg.
- Hollingsworth, J.R./Ph.C. Schmitter/W. Streeck (Eds.) 1994, Governing Capitalist Economies: The Embeddedness of Institutions, New York.
- Hollingsworth, J.R./R. Boyer 1997, Comparing Capitalist Economies: Performance and Control of Economic Sectors, Oxford.
- Israel, J. 1997, Neoliberaler Kapitalismus gegen Soziale Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat. In: Hradil, S. (Hg.), Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996, Frankfurt, 73-93.
- Keller, B. 1993, Einführung in die Arbeitspolitik. Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmarkt in sozialwissenschaftlicher Perspektive (3. überarbeitete und stark erw. Aufl.), München.
- Kersbergen, K. van 1995, Social Capitalism, London.
- Kraemer, K. 1997a, Der Markt der Gesellschaft. Zu einer soziologischen Theorie der Marktvergesellschaftung, Opladen.
- Kraemer, K. 1997b, Marktgesellschaft. In: Kneer, G., A. Nassehi u. M. Schroer (Hg.), Soziologische Gesellschaftsbegriffe. Konzepte moderner Zeitdiagnosen, München, 280-304.
- Kreckel, R. 1992, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt/M.

- Lash, S./J. Urry 1987, *The End of Organized Capitalism*, Cambridge.
- Lash S./P. Bagguley 1988, *Arbeitsbeziehungen im disorganisierten Kapitalismus. Ein Vergleich von fünf Nationen.*
In: *Soziale Welt* 39, 239-259.
- Lehmann, H. 1996, *Max Webers „Protestantische Ethik“*. Beiträge aus der Sicht eines Historikers, Göttingen.
- Lessenich, S./I. Ostner (Hg.) 1998, *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*, Opladen.
- Luhmann, N. 1988, *Die Wirtschaft der Gesellschaft*, Frankfurt/M.
- MacKinnon, M.H. 1988a, Part I: Calvinism and the infallible assurance of grace. The Weber thesis reconsidered.
In: *British Journal of Sociology* 39, 143-177.
- MacKinnon, M.H. 1988b, Part II: Weber's exploration of Calvinism. The discovered provenance of capitalism.
In: *British Journal of Sociology* 39, 178-210.
- Marshall, G. 1982, *In Search of the Spirit of Capitalism. An Essay on Max Weber's Protestant Ethic Thesis*, London.
- Marx-Engels Werke (MEW) 1958ff., Berlin.
- Marx, K. 1983, *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Rohentwurf, 1857-1858*, Berlin.
- Müller-Jentsch, W. 1997, *Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage*, Frankfurt/M.
- Nelson, J.L. 1995, *Post-industrial capitalism: Exploring economic inequality in America*, Thousand Oaks.
- Polanyi, K. 1978, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/M.
- Reich, R.B. 1996, *Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie*, Frankfurt/M.
- Ritsert, J. 1988, *Der Kampf um das Surplusprodukt. Einführung in den klassischen Klassenbegriff*, Frankfurt/M.
- Scharpf, F.W. 1997, *Demokratische Politik in der internationalisierten Ökonomie (MPIfG Working Paper 97/9)*, Köln.
- Schmid, J. 1996, *Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherungssysteme in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme*, Opladen.
- Sombart, W. 1927, *Der moderne Kapitalismus*, München.
- UNEP 1996, *Human Development Report 1996*, New York. (Dt. Ausgabe: Bericht über die menschliche Entwicklung 1996, Bonn).
- Weber, M. 1980, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen.
- Weber, M. 1988a, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, Tübingen.

Weber, M. 1988b, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen.

Wilson, W.J. 1987, *The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and Public Policy*, Chicago.